

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreis: Die Lebensgeheimnisse. Politische Anzeigen aus dem Erzgebirge 2.00 Mark, auswärts 2.50 Mark, Kellern-Anzeigen 1.00 Mark. Bei größeren Abrechnungen auf besonderen Abhalt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 55

Montag, den 6. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die Finanzminister der Länder traten im Reichsfinanzministerium unter Vorsitz des Reichsfinanzministers zu einer Besprechung über die Beamtenbesoldungsfragen zusammen.

In Moskau ist eine deutsche Industrie-Ausstellung geplant.

Das in Piume eingesezte Revolutionskomitee, der Nationale Verteidigungsausschuß, hat die endgültige Einverleibung Piumes in Italien proklamiert.

Aus Madrid wird gemeldet, daß das spanische Kabinett zurückgetreten ist.

Politische Wochenschau.

Von Oberbürgermeister Dr. Röh, M. d. R.

Der Plan zur Konferenz von Washington entspringt weitestgehend in erheblichem Maße dem Bestreben der Vereinigten Staaten, möglichst bald durch eine weltweite Leuchte der Tat gegenüber ihren Wählern und im Gegenzug zu Wilson ihren politischen Bestrebungen nachweislich zu erbringen. Bei den jetzt zwischen Frankreich und England stattfindenden Verhandlungen spielen ähnliche Motive eine wichtige Rolle. Poincaré ist durchwegs noch nicht so fest im Sattel, daß er auf sinnfällige Erfolge verzichten könnte. Er möchte auf große und schnelle Erfolge in seiner ostwärts gerichteten Politik rechnen, aber das offizielle Deutschland hat ihm bisher nicht den Gefallen getan, auch nur den Schein des Rechts für eine solche Politik an die Hand zu geben. Aus weiter Ferne müssen die Gründe hergeholt werden, um möglichst doch noch zu einer Aktion zu kommen. Genua fand man als Erbe der Briand'schen Politik vor. Daran konnte auch Poincaré nichts ändern und er wird sich wohl überbeln einschließen müssen, persönlich eine kurze Gastrolle zu geben, obwohl er wenige Tage vor seinem Regierungsantritt sich in bestmöglicher Weise über Genua lustig gemacht hatte. Erwiesen sich die Versuche einer Sabotierung von Genua als aussichtslos, so galt es doch, die Konferenz möglichst lange hinauszuhalten, um hinter den Kulissen die nötigen Verschleierungen vorzunehmen und die Konferenz von vornherein in Bahnen lenken zu können, die im französischen Interesse auslaufen müssen. Der neue italienische Ministerpräsident Facta wird sich zweifellos als williger und fröhlicher Sekundant Frankreichs erweisen. England gegenüber sollten in Boulogne die nötigen Garantien für einen ungeschicklichen Verlauf der Konferenz von Genua geschaffen werden. Poincaré sowohl wie Lloyd George lassen sich in der ihnen ergebenden Presse den Erfolg der Verhandlungen in Boulogne bezeichnen. In Wirklichkeit ist etwas Grundlegendes dort nicht erreicht worden, nur das Eine hat sich erneuert: Die Voraussetzung, daß eine endgültige Regelung des deutschen Problems in Genua nicht zu erwarten ist.

Wie Poincaré in Frankreich, so braucht Lloyd George in England außenpolitische Erfolge, wenn er sich halten will. Seine Weisheit im Parlament ist durchwegs nicht mehr so stark und so geschlossen wie bisher. Es hat in England jederzeit unter der Oberfläche eine starke Strömung gegeben, die Lloyd George als den politischen Barbaren mißachtete. Solange der äußere Erfolg auf seiner Seite war, wagte sich diese Strömung nicht offen zu zeigen. Die Dinge liegen jetzt anders. Wohl hat in Washington die britische Politik ausgezeichnet abgeschnitten, aber dieser Erfolg war kein persönlicher von Lloyd George. Die Lösung der irischen Frage war weitestgehend das größte Werk des Barons. Aber sein Glanz wurde verdunkelt durch die gleichzeitig herausbrechende ägyptische Krise und durch die Niederlage, die Frankreich in Cannes der britischen Politik und Lloyd George persönlich bereitete. Vor allem aber — und das ist das Ausschlaggebende — ist es Lloyd George bisher nicht gelungen, die wirtschaftliche Not und den Tiefstand des britischen Handels irgendwie zu beheben. In dieser prekären Lage sucht Lloyd George seine Stellung dadurch zu retten und zu sichern, daß er zur diplomatischen Offensive gegen Frankreich übergeht. Der erste Zielpunkt dabei ist Ägypten. Wohl ist Frankreich klug genug, um nicht unmittelbar und offen als Akteur dabei aufzutreten, aber es bedient sich seines treuen Vasallen Belgien, und Belgien macht auch gar kein Hehl daraus, daß seine Interessen eine Schwächung des britischen Einflusses in Ägypten gebieterisch verlangen. Als ganze Kontinuität des britischen Weltreichs hängt aber davon ab, daß Ägypten dem weltpolitischen Interesse Englands dienbar bleibt. Wie einß den Kurzen gegenüber so sucht jetzt die britische Politik gegenüber den Ägyptern eine dauernde Verbindung dadurch herzustellen, daß

sie ihrer nationalen Eigenart weitgehende Konzessionen macht. Ein im britischen Fahrwasser segelnder ägyptischer Mohammedanismus würde natürlich auch den Traum Frankreichs von der zukünftigen alleinigen Schutzherrschaft über den Islam gefährden.

Deutschland kann der Entwicklung der Dinge mit ruhiger Gelassenheit entgegensehen. Gleichviel wie die französische und britische Politik aussteht, für Deutschland bleibt nach wie vor die einzig mögliche Politik die, durch den Versuch der Erfüllung deren Unmöglichkeit nachzuweisen. Eine wesentliche Erleichterung der Lasten ist für die nächste Zeit in keinem Falle zu erhoffen. Die Reparationskommission hat jetzt die Prüfung des deutschen Memorandums abgeschlossen. Die Zahlen, die hinsichtlich der baren und der Sachleistungen für 1922 genannt werden, sind noch so ungewissermaßen, daß keine Rede von ihrer Erfüllung sein kann, vor allem, wenn man sich vor Augen hält, daß der Reichshaushalt mit einem Defizit von nahezu hundert Milliarden abschließen wird. Ein Trost, wenn auch nur ein schwacher und bedingter, ist es bei diesem finanziellen Elend, daß die Aussichten für das Zustandekommen der Steuergesetze sich in der letzten Zeit wesentlich gebessert haben. Beim Wiedervereinigen des Reichstages in der vergangenen Woche waren von den vierzehn Steuergesetzen acht in den Ausschussberatungen fertiggestellt: die Verbrauchssteuern (Handwarensteuer, Bier- und Mineralwassersteuer, Tabaksteuer), Branntweinmonopol, Zucksteuer, Süßholzwasser, Kohlensteuer, Erhöhung der Rölle, Kraftfahrzeugsteuer, Kennzettel- und Motorsteuer. Das Schwergewicht der Entscheidungen wird jetzt bei den Besitz- und Vermögenssteuern und bei der Zwangsanleihe liegen. Wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten, dürften aber auch hier die jetzt aufgenommenen Verhandlungen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer Einigung führen. Deutschland nach Fertigstellung dieser seiner Steuergesetze alles getan haben, was zur Ordnung seiner Finanzen in seinen Kräften steht, und es wird dann, am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt, mit aller Deutlichkeit und Klarheit seinen Gegnern sagen können und müssen: bis hierher und nicht weiter.

Eine Trauerfeier für Deutschlands Helden.

Eine Kundgebung im Reichstagsgebäude.

Im großen Sitzungssaal des Reichstags, dessen Hintergrund einfaches, aber würdigen Trauerschmuck trag, veranstaltete Sonnabend mittag der Volksbund für deutsche Kriegesgräberfürsorge eine Gedenkfeier für unsere im Weltkriege Gefallenen. Den Mittelpunkt der stark besuchten, aus Musikvorträgen und Rezitationen bestehenden und von großer einheitlicher Stimmung getragenen, dabei künstlerisch überaus hochstehenden Feier bildete eine ergreifende Ansprache des Reichstagspräsidenten Böbe.

Der Reichstagspräsident führte u. a. aus: Noch sind die Wunden des Krieges nicht vernarbt, noch ist der Haß nicht gestorben, an dem er sich entzündete und der ihn näherte, noch ruhen auf dem Rücken der Völker die unermesslichen Lasten, die er hinterließ. Eines aber liegt doch hinter uns: das Massensterben. Eines kann niemand nehmen: die Ehre derjenigen, die in der Schlacht gefallen sind, die nach langen Qualen der Tod erliefen. Unsere reinsten, heiligsten Stunden mögen ihnen gehören, deren Gräber vielleicht die Hand der fremden Mutter pflegt, wie wir in unserem Lande den Hälgen der Fremden unsere Sorgfalt widmen. Ein Volk, das seine Toten ehrt, ehrt sich selbst und überwindet die herben Vorurteile von Gefühlslosigkeit und Barbarentum, die eine ganze Welt gegen uns schleudert. Welchen zu lindern, Wunden zu heilen, aber auch Tote zu ehren, Verlorene zu beklagen, bedeutet Ueberwindung von Haß und Hinter zur Liebe — und unsere Welt hat die Liebe nötig! — Selbstbestimmung und Einkehr für den Einzelnen, für ein Volk, für die Menschheit. Widmen sie ausgehen von dort, wo man den unbekanntem Soldaten mit hohen Ehren beehrt, mögen sie ausgehen von uns, die wir mit weniger Gebränge, aber nicht mit weniger Innigkeit der Bekannten und der unbekanntem Opfer gedenken.

Die deutsch-polnischen Streitpunkte bevorstehender Schluß der Konferenz.

Die Arbeiten der deutsch-polnischen Konferenz sind gegenwärtig so weit gediehen, daß auch die beiden allein noch in Frage kommenden Unterausschüsse 11 und 12 voraussichtlich Mitte nächster Woche abschließen werden. Inzwischen finden aber zwischen den beiden Bevollmächtigten, Staatsminister a. D. Schäffer und Witni-

ster Dyzowski, Besprechungen statt, in denen geklärt wird, ob eine Gesamteinigung erzielt werden kann. Soweit diese Besprechungen ergebnislos verlaufen sollten, wird man an die endgültige Aufstellung der Streitpunkte herantreten, die alsdann unverzüglich dem Präsidenten Calonder unterbreitet werden sollen. Das Redaktions- und Uebersetzungs-Komitee, dem die Fertigung des Vertragstextes obliegt, setzt indessen seine Arbeiten ununterbrochen fort. Wie das Völkerbundsekretariat mitteilt, ist Präsident Calonder jetzt erkrankt und kann infolgedessen an der Besetzung des Gesandten von Warschau nicht teilnehmen. Er wird sich aber in wenigen Tagen wieder den Konferenzarbeiten widmen.

Das Rauchen im polnischen Gedächtnis.

Die feierlich eingeleitete Einverleibung Wilnas hat über Nacht eine polnische Krise heraufbeschworen, deren Ursache und Ziele noch nicht völlig durchsichtig sind. Aber daß der Ministerpräsident Pilsudski sofort die Gesamtemission des Kabinetts überreicht hat, das deutet darauf hin, daß die Ursachen sehr schwerer Natur sein müssen. Zunächst kam man mit der Wilnaer Delegation über die Form des Raubes von Wilna nicht ganz zurecht. Dieser Unlach ist offenbar von den Nationalisten zu sehr festigen Vorständen gegen den Präsidenten der polnischen Republik Pilsudski benützt worden. Es ist ja eine alte Erfahrung, daß die nationalistischen Heißhörner für ein Land ebenso schädlich sind, wie Kommunisten und sonstige Linkradikale. Pilsudski ist zwar ein früherer Sozialist, aber er hatte sich völlig dem nationalistischen Terror gebeugt. War er doch sogar bereit, den Raub von Wilna in seiner ganzen völkerrechtswidrigen Form gutzuheißen. Weil aber die Wilnaer Polen wohl noch so etwas wie eine gewisse Selbstverwaltung beanspruchten, ließen die Nationalisten jede Rücksicht gegen den Staatsschatz fallen und entzogen dem Ministerium Pilsudski das Vertrauen. Dazu scheint aber ein Protest der Entente gekommen zu sein. Die Einverleibung Wilnas bedeutete so ungefähr die höchstmögliche Herausforderung der Entente und des Völkerbundes, die man sich vorstellen kann. Nun scheint die Kriegserklärung der polnischen Nationalisten an Pilsudski und der Entente protest gegen den Raub von Wilna zeitlich zusammengefallen zu sein. Der Ministerpräsident sah sich dieser Doppelbelastung seines Kabinetts nicht gewachsen. Sein Rücktritt bedeutet eine empfindliche Erschütterung des polnischen Staates, wenn man auch annehmen darf, daß die Nationaldemokraten jetzt die Krise benutzen werden wollen, um die Entente zu zwingen, den Raub von Wilna doch noch gut zu heißen.

Umsturz der Beschlüsse von Cannes?

Die Richtlinien für das Moratorium.

In Londoner Finanz- und Geschäftskreisen sieht man der Zusammenkunft der alliierten Finanzminister, die diese Woche in Paris zusammengetreten werden, mit größter Spannung entgegen. Man glaubt, daß die Konferenz, bei der England, Frankreich, Italien und Belgien vertreten sein werden, drei Tage in Anspruch nehmen wird. Obgleich man sich darauf geeinigt hat, daß alle mit der Wiedergutmachung zusammenhängenden Fragen direkt durch den Wiedergutmachungsausschuß mit Deutschland geordnet werden sollen, sind doch noch einige Fragen in der Schwebe, die nur von den verbündeten Regierungen gelöst werden können, wie z. B. die Verteilung der deutschen Zahlungen und die allgemeinen Grundzüge für ein Moratorium. Beide Punkte sind zwar bereits in Cannes festgelegt worden, müssen aber nun nochmals durchdiskutiert werden, da Frankreich die Entscheidungen von Cannes nicht als endgültig anerkennt.

Englands politisches Kampfsziel.

Der Kommunismus.

Winston Churchill sagte in einer Rede in Doughtyborough, es werde sicher in nächster Zeit eine politische Schlichtung geschloffen werden, in der gegen die wachsende Macht des Kommunismus gekämpft werden müsse. Wenn man sich spalte, so würde man einer Partei Platz schaffen, deren Politik dem Zusammenhang des britischen Reiches schädlich wäre. Churchill sprach die Erwartung aus, daß aus der Koalition eine starke, geeinigte dauernde nationale Partei entstehen werde. Ueber die auswärtige Politik sagte Churchill: Unser Einfluß war niemals größer, weil wir stets eine Politik der Festigkeit und des Friedens befolgten, weil wir uns bemühten, die Gefühle der Nation gegen einen gefährlichen Feind zu mildern und soweit